

PRESSEINFORMATION

Neues Raucherscreening: Ungesundes Verhalten wird belohnt

350 Millionen Euro jährlich für Raucher-Vorsorge

Berlin, Januar 2024. Sollten Nichtraucher mit ihren Krankenkassenbeiträgen die regelmäßige Lungenkrebsvorsorge von langjährigen Rauchern finanzieren müssen? Aktuell diskutiert die Politik, ob jährliche Lungenkrebscreenings für Raucher eingeführt werden sollen, um die hohe Sterberate dieser Krebsart zu senken. Doch eine Frage ist noch nicht geklärt: Wer zahlt die Untersuchungen? „Während regelmäßige Lungenscreenings bei Rauchern durchaus sinnvoll sind, sehen wir es als ungerechtfertigt an, dass die Allgemeinheit dafür mit ihren Kassenbeiträgen zahlen soll. Damit wird ein gesunder Lebensstil bestraft und gesundheitsschädliches Verhalten wird belohnt“, so Ingo Wendt, Facharzt für Radiologie und Mitglied im Aufsichtsrat der RadiologenGruppe 2020.

Sterberate reduzieren

In Deutschland erkranken jährlich etwa 57.000 Menschen an Lungenkrebs, 45.000 sterben – die Überlebenschancen stehen im Vergleich zu anderen Krebsarten schlecht. Das Lungenkrebs-Früherkennungsprogramm soll Abhilfe schaffen. Ähnlich wie beim bereits bestehenden Mammografie-Screening zur (Früh-)Erkennung Brustkrebs sollen regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen für eine ausgewählte Patientengruppe angeboten werden. Nach aktuellen Vorschlägen verschiedener medizinischer Fachverbände könnte es sich an 50- bis 75-jährige Männer und Frauen richten, die seit mindestens 25 Jahren rauchen oder vor weniger als 10 Jahren damit aufgehört haben.¹ „Für das jährliche Screening würde ein strahlenreduziertes CT vorgenommen werden“, erläutert Wendt und ergänzt: „Prinzipiell sind solche Screenings absolut

¹ Positionspapier zur Implementierung eines nationalen organisierten Programms in Deutschland zur Früherkennung von Lungenkrebs in Risikopopulationen mittels Low-dose-CT-Screening inklusive Management von abklärungsbedürftigen Screeningbefunden: www.thieme-connect.de/products/ejournals/pdf/10.1055/a-2175-4580.pdf

PRESSEINFORMATION

wünschenswert, da sie die Überlebenswahrscheinlichkeit durch rechtzeitige Diagnose im Frühstadium deutlich erhöhen.“

Keine steigenden Beiträge für Nichtraucher!

Etwa 5,5 Millionen Menschen hätten in Deutschland Anspruch auf das neue Screening-Programm. Damit würden jährlich Kosten von circa 350 Millionen Euro einhergehen. Eine Summe, die sich im unterfinanzierten Gesundheitssystem Deutschlands nur durch Erhöhung der Krankenkassenbeiträge stemmen ließe. „Es lässt sich vor gesundheitsbewussten Menschen nicht rechtfertigen, wenn ihre Beiträge steigen müssen, um den schädlichen Lebensstil anderer zu finanzieren. Wir plädieren für mehr Eigenverantwortung. Die Folgen des Rauchens sind seit Jahrzehnten bekannt, wer es dennoch tut, sollte die Konsequenzen selbst tragen und nicht die Solidargemeinschaft ausnutzen“, kritisiert Ingo Wendt und fordert: „Stattdessen sollte das Raucherscreening über die Tabaksteuer finanziert werden. So zahlen Raucher mit dem Kauf jeder Zigarettenschachtel selbst für ihre spätere Vorsorge.“

Weitere Informationen unter www.rg20.org

Textlänge inkl. Leerzeichen: 3.011

Kurzprofil

Die **RadiologenGruppe 2020** ist ein deutschlandweiter strategischer Verbund radiologischer und nuklearmedizinischer Mittelstandspraxen. Gegründet wurde sie 2020, um auf politische Missstände im Gesundheitssystem aufmerksam zu machen und Mehrwerte für Patienten und Patientinnen zu schaffen. Sie sieht sich als Stimme mittelständischer Nuklearmediziner/-innen und Radiologinnen und Radiologen und setzt sich gegen Praxissterben und für eine bessere Versorgung in der bildgebenden Diagnostik ein. Inzwischen gehören der RadiologenGruppe 2020 deutschlandweit mehr als 950 Ärztinnen und Ärzte an über 270 Standorten an.

Pressekontakt

Vanessa Köhnke, Jennifer Reddig
Borgmeier Public Relations
Lange Straße 112
27749 Delmenhorst
Tel.: 04221 9345-333 oder -342
E-Mail: koehnke@borgmeier.de oder
reddig@borgmeier.de

RG20 RadiologenGruppe 2020 eG

Hauptstadtbüro
Carmerstraße 2
10623 Berlin
E-Mail: info@RG20.org